

IWF mahnt Reformen an

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Bundesregierung zu einer aktiveren Arbeitsmarktpolitik aufgefordert. In dem Deutschland-Gutachten des IWF kritisieren die Experten aus Washington in ungewöhnlich scharfer Form den starren deutschen Arbeitsmarkt.

„Ohne Strukturreformen ist Deutschland dem Risiko eines vorzeitigen Konjunkturabschwungs ausgesetzt“, heißt es in dem Bericht. Es sei „völlig offen“, ob die derzeitige konjunkturelle Stärke das Sprungbrett für dauerhaftes Wachstum ist oder ob „Deutschlands Geschichte enttäuschender Konjunkturverläufe auf Grund starrer Strukturen“ bestätigt werde, moniert der Währungsfonds. Insbesondere müsse das „Missverhältnis zwischen Anspruchslöhnen und Nettolöhnen“ beseitigt werden, zum Beispiel durch Befristung der Arbeitslosenhilfe. Außerdem sollten Gehaltstarife nicht mehr nach Branchen, sondern flexibel nach den Bedürfnissen einzelner Betriebe vereinbart werden.

Ein Dutzend Experten des Fonds hatte sich im Sommer zwei Wochen lang in Deutschland aufgehalten und mit führenden Experten der Regierung, der Verbände, der Bundesbank und der Forschungsinstitute gesprochen. „Dringend“ erforderlich sei ebenso, die Ladenöffnungszeiten zu liberalisieren, die „restriktiven Vorschriften bei Preisnachlässen“ zu beseitigen sowie weitere Finanzinstitute und die „verbleibenden Staatsbeteiligungen in den öffentlichen Versorgungsunternehmen“ zu privatisieren. Forderungen der Bundesregierung nach Lohnzurückhaltung seien „wahrscheinlich nicht nachhaltig“ genug, so der IWF. Darüber hinaus müsse die Art der Lohnverhandlungen reformiert werden, um eine „größere Differenzierung“ zu ermöglichen. Angemessene Arbeitsanreize, besonders für gering qualifizierte, hätten „höchste Priorität“. Der IWF kritisiert insbesondere die Großzügigkeit bei der Arbeitslosenunterstützung sowie der Frührente. Das zurzeit günstige wirtschaftliche Umfeld sollte als Chance ergriffen werden, strukturelle Schwächen anzugehen.

Nach: Die Welt vom 03.11.2000

